

Bauen im Estado Novo: Wie lassen sich ruhmreiche Vergangenheit und moderne Urbanistik verbinden?

Christian von Oppen
Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926–1960.

Hg. v. Harald Bodenschatz/
 Max Welch Guerra. Mit Beiträgen
 von Uwe Altröck, Harald Bodenschatz,
 Kathrin Meißner und
 Max Welch Guerra. Berlin,
 DOM publishers 2019.
 496 S., zahlr. Abb., Pläne, Karten.
 ISBN 978-3-86922-528-9. € 98,00

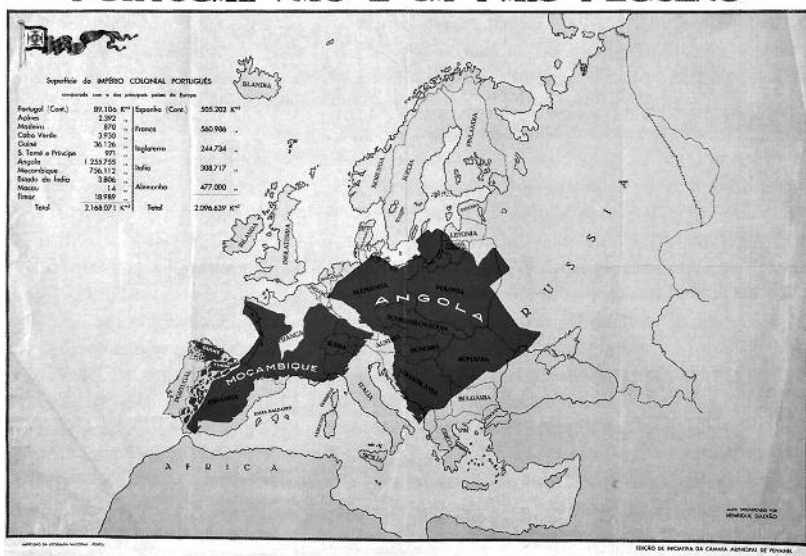
Portugal „ist kein kleines Land“, ließ das diktatorische Regime unter António de Oliveira Salazar 1934 verlauten, ein Jahr, nachdem der Ministerpräsident den „Neuen Staat“ verkündet und – auf der Grundlage einer neuen Verfassung – eine langanhaltende, konservativ-autoritäre Ein-Parteien-Diktatur errichtet hatte. Das anlässlich der ersten vom Estado Novo organisierten Kolonialausstellung in Porto gleich in mehreren Sprachen gedruckte Plakat mit dem oben erwähnten Slogan als Überschrift veranschaulicht die propagandistische Instrumentalisierung geografischer Gegebenheiten, die mittels Wahrnehmungsverrückungen auf die umfassende koloniale Herrschaftsmacht des Staates verweisen sollte: Der einprägsame Leitspruch wurde visuell von einer Karte Europas begleitet, auf welche die Flächen der damaligen portugiesischen Gebiete in Übersee projiziert wurden (Abb. 1). Mit dem so als Collage manipulierten Kartenbild wurde die hegemoniale Stellung des Imperiums in einen europäischen Kontext eingebettet und die eigene Stärke im Rahmen kolonialpolitischer Machtsphären

hervorgehoben. Solche Ausstellungen waren sowohl unverzichtbare Vehikel städtebaulicher Propaganda als auch wirkungsvolle Plattformen von internationaler Reichweite für die Bekundung eines beabsichtigten Modernisierungsvorhabens. Ab 1934 setzte das Salazar-Regime mit dem Beschluss einer neuen gesetzlichen, flächendeckenden Regelung des öffentlichen Städtebaus auf einen radikalen Kurswechsel hinsichtlich der urbanistischen Infrastruktur. Der ambitionierte „Fünfzehnjahresplan“ sah einen grundlegenden Ausbau der gesamten nationalen wie kolonialen Infrastrukturausstattung vor, die lange Zeit vernachlässigt worden war und als äußerst rückständig galt. Dieser Masterplan wurde bis Ende der 1950er Jahre erfolgreich, jedoch nicht gänzlich ohne Spannungen und Inkonsequenzen vorangetrieben und umgesetzt; danach verlor er zunehmend an Bedeutung.

Mit dem Band *Städtebau unter Salazar* haben die Herausgeber und Mitautoren in einem pragmatisch orientierten und wissenschaftlich begründeten Gesamtüberblick diese städtebaulichen Ambitionen und Ambivalenzen nachzuzeichnen versucht. Die Publikation reiht sich als dritter Band in eine Reihe forschungsbezogener Überblickswerke zum Städtebau europäischer Diktaturen ein: Christiane Post/Harald Bodenschatz (Hg.), *Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929–35* (Berlin 2003) und Daniela Spiegel/Harald Bodenschatz, *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien* (Berlin 2011; vgl. die Rezension in: *Kunstchronik* 67/3, 2014, 108ff.). Die Herausgeber Harald Bodenschatz und Max Welch Guerra veröffentlichen hiermit die Ergebnisse eines an der TU Berlin und an der Bauhaus Universität Weimar angesiedelten Forschungsprojekts zum Städtebau unter Franco und Salazar. Ein zentrales Anliegen

“PORTUGAL NÃO É UM PAÍS PEQUENO”

Abb. 1 „Portugal ist kein kleines Land“. Propagandakarte aus dem Jahr 1934 (Bodenschatz/Welch Guerra 2019, S. 34)



gen des Projekts bestand darin, die politischen Funktionen des Städtebaus unter den beiden Machthabern aufzuzeigen bzw. die in den urbanistischen Zeugnissen der Diktaturen Spaniens und Portugals materialisierten, politisch-sozialen Verhältnisse anhand präziser Analysen möglichst lückenlos zu bestimmen. Dieser Forschungsansatz erweist sich als ausschlaggebend für das Verständnis bestimmter städtebaulicher Eigenarten: Im vorliegenden Band wird nicht nur auf Aspekte ästhetischer und baulicher Natur eingegangen; auch auf politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren wird verwiesen, in deren Rahmen sich der Untersuchungsgegenstand überhaupt erst sinnvoll erschließen lässt. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts werden in zwei gesonderten Publikationen veröffentlicht; der Anfang ist hier mit Portugal gemacht, in einem zweiten Band soll Spanien folgen.

Die Autoren konzedieren in ihrem Einleitungstext, dass sie auf zahlreiche Detailstudien der portugiesischsprachigen Forschung zurückgreifen konnten. Gleichwohl liefert dieses Überblickswerk neue Erkenntnisse; zuweilen relativiert es seit Langem verfestigte Forschungsansichten. Vorweggesagt sei, dass der Band durch die Fülle des sorgfältig gesammelten Bildmaterials besticht und damit einen für Forschung und Lehre außerordentlichen Wert besitzt.

NEUBAUPLÄNE FÜR LISSABON UND PORTO

Die klare Strukturierung der unterschiedlichen Themenfelder erleichtert den Einstieg in die komplexe Materie, zumal in diesem Buch ein breites

Spektrum an Problemen in räumlich-topographischer wie auch chronologischer Hinsicht abgedeckt wird. Zu Beginn werden den Lesern und Leserinnen die Akteure, Ressourcen, Instrumente und institutionellen Körperschaften vorgestellt, die für die strategische Steuerung des portugiesischen staatswirtschaftlichen Städtebaus verantwortlich waren. Ausgehend von der Tatsache, dass die Errichtung einer staatlichen Zentralbehörde (Generaldirektion für Nationale Bauten und Baudenkmäler) die kommunale Autonomie flächendeckend beschneidet, später gänzlich ausschaltete und ohne Vergleich in Europa geblieben ist, wird der Frage nachgegangen, wie sich diese strukturelle Besonderheit auf die städtebauliche Praxis des Estado Novo auswirkte. Eine unübersehbare Folge war eine landesweit durch systematische und beschleunigte Enteignungsverfahren ermöglichte Neuordnung des städtischen wie ländlichen Raums sowie die Errichtung von großräumigen Infrastrukturnetzen.

Besondere Berücksichtigung findet die 1940 in Lissabon organisierte Schau „Ausstellung der portugiesischen Welt“, deren Hauptziel es war, die Gründung des Fürstentums (1140) und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Portugals von Spanien (1640) medienwirksam zu feiern. Das Ausstellungsgelände in Belém befand sich inmitten eines auratisierten Ortes, der nicht nur die Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit Portugals wachrufen sollte, sondern auch ohne tiefgrei-



Abb. 2 Belém/Lissabon, Blick über den Platz des Imperiums mit dem „Denkmal der Entdeckungen“ links im Hintergrund, 1940 (Bodenschatz/Welch Guerra 2019, S. 42)

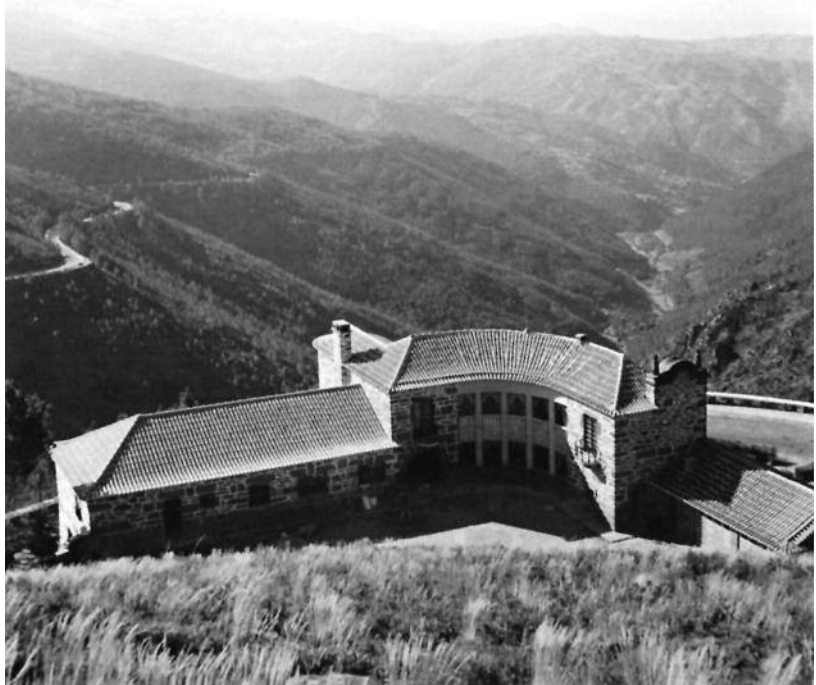
fende Veränderungen bestehen blieb und damit bis heute weitgehend das Aussehen bewahrt, welches für die damalige Ausstellung geschaffen worden war. Die Praça do Império mitsamt ihrer Umgebung und dem Denkmal der Entdeckungen (Abb. 2) steht exemplarisch für eine Reihe erinnerungskultureller Anstrengungen des Estado Novo, anhand derer – seiner programmatischen Logik entsprechend – Vergangenes in Gegenwärtiges übersetzt werden sollte und Aussicht auf eine glänzende Zukunft angesichts der Rolle Portugals im Zweiten Weltkrieg versprach. Die Ausstellung bildete den Ausgangspunkt für das städtische Wachstum Lissabons: Das umliegende Gebiet wurde zum Schauplatz einer großflächigen Stadterweiterung, die sowohl den Neubau zahlreicher Wohnsiedlungen als auch die Neuschaffung städtischer Grünanlagen und einer modernen infrastrukturellen Verkehrserschließung zuließ.

Die anschließenden Kapitel nehmen nicht nur die städtebauliche Entwicklungspolitik und Zielsetzung im „Mutterland“, sondern auch die kolonialen Urbanisierungs- und Infrastrukturanstrengungen der Salazar-Diktatur in einer dezidiert komparatistischen Vorgehensweise in den Blick. Breiten Raum nimmt die Analyse der historischen Entwicklung der Urbanistik in den Metropolen Lissabon und Porto ein, wobei nach dieser detaillierten Bestandsaufnahme deutlich wird, wie stark seitens des Regimes die funktionale Strukturierung des städtischen Raums mittels langfristi-

baulicher Expertise gelang nur durch die Heranziehung ausländischer Experten unter der Regie von Duarte Pacheco, dem einflussreichsten Strategen der diktatorischen Stadtplanungspolitik. Deren Mobilisierung war der mangelnden fachlichen Qualifikation einheimischer Architekten geschuldet.

Allerdings hätten in diesem Zusammenhang die Bestrebungen der staatlichen Organe nach Ausbildung einer staatlich beschränkten Anzahl portugiesischer Architekten im Ausland ausführlicher und differenzierter behandelt werden können: Da die Auftragsvergabe bei besonderen Bauaufgaben an einzelne Architekten ohne Wettbewerbsverfahren und Einreichung von Entwurfsvorschlägen diktiert wurde, wäre es umso wichtiger zu sehen, ob und in welcher Form staatlich geförderte Bauprojekte im relativ engen ideologischen Korsett des Estado Novo ihre Modernitätsansätze einbüßten und ob diese Sachlage zu einer tatsächlichen Vereinheitlichung des städtebaulichen Ausdrucks führte, wie in anderen Forschungsbeiträgen immer wieder kontrovers diskutiert (Rita Almeida de Carvalho, *Ideology and Architecture in the Portuguese Estado Novo: Cultural Innovation within a Para-Fascist State (1932–1945)*, in: *Fascism – Journal of Comparative Studies* 7/2, 2018, 141–174; <https://doi.org/10.1163/22116257-00702002>). In paradoxer Weise waren die

Abb. 3 Pousada de São Gonçalo in Marão, Foto: Alfred Ehrhardt, 1951 (Bodenschatz/Welch Guerra 2019, S. 319; © Alfred Ehrhardt Stiftung)



staatlichen Behörden (z. B. das Ministério das Obras Públicas e Comunicações), die eine effiziente Abwicklung öffentlicher Bauvorhaben versprochen, gerade für deren Aufschub verantwortlich: Die Projekte durchliefen oft mehrere Kontroll- und Zensurinstanzen, sodass eine verzögerte

Fertigstellung der auszuführenden Bauten keine Seltenheit darstellte (Joana Costa Brites, Estado Novo, *Arquitetura e „Renascimento Nacional“*, in: *Risco – Revista de Pesquisa em Arquitetura e Urbanismo* 15/1, 2017, 100–113; <http://dx.doi.org/10.11606/issn.1984-4506.v15i1p100-113>).

ENTHISTORISIERTER STÄDTEBAU IN DER PROVINZ

Ausgewählte Groß- und Mittelstädte, deren Sanierung oder Modernisierung vor dem Hintergrund eines national-affirmativen Konzepts betrachtet werden muss – vor allem die Universitätsstädte Coimbra und Évora sind hier hervorzuheben – werden unter Berücksichtigung der staatlich gesteuerten Produktionsbedingungen in den Blick genommen. Anhand einiger Fallbeispiele von Altstadterneuerungen und Rekonstruktionen historischer Burgbauten lassen sich deutliche Diskrepanzen im Umgang des Regimes mit denkmalwürdigen Strukturen offenlegen. Die Modifizierung ursprünglicher Stadtbilder durch Kahlschlagsanierungen und die Erschaffung künstlicher Burgkulissen, die vom Originalzustand der Bauten weit entfernt waren, verweisen auf die Widersprüchlichkeit einer Enthistorisierung politisch verklär-

ter Baudenkmäler und Kulturgüter. Das landesweite, unter der Ägide António Ferros (zwischen 1933 und 1949 Leiter des Amtes für Propaganda) ab 1941/42 durchgeführte Programm zum Bau staatlicher Hotels ist sonst nur mit der damaligen Situation in Spanien vergleichbar. In Anlehnung an das Konzept der spanischen Paradores wurden die Pousadas entwickelt (Abb. 3) und in umgebauten historischen Komplexen untergebracht; hierfür wurde in einigen Fällen nicht unerheblich in die vorhandene Bausubstanz eingegriffen. Die Förderung des nationalen und internationalen Tourismus als eines potentiell relevanten Wirtschaftsfaktors bestimmte in hohem Maße die Leitlinien des erinnerungspolitischen Städtebaus.

Auch die Organisation des ländlichen Raums wird im vorliegenden Band ausgeleuchtet, obgleich die Binnenkolonisation keinen herausragenden Stellenwert hatte. Dabei ist bemerkenswert, dass ausgerechnet die wenigen modellhaften Neudörfer, die einerseits zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land beitragen, andererseits die reibungslose und optimale Versorgung der urbanen Gebiete garantieren sollten, zu



Abb. 4 Lourenço Marques, Generalbebauungsplan, 1952 (Bodenschatz/Welch Guerra 2019, S. 357)

regelrechten Experimentierfeldern für innovative Architekturlösungen avanciert sind (Filipa de Castro Guerreiro, *Colónias Agrícolas Portugueses construídas pela Junta da Colonização Interna entre 1936 e 1960. A casa o assentamento, o território*, 2016; <https://hdl.handle.net/10216/118803>).

INNERE KOLONISATION IN AFRIKA UND DIKTATORISCHES BAUEN

Die Beiträge zum kolonialen Städtebau konzentrieren sich auf Angola und Moçambique und streifen die Kapverdischen Inseln. Es zeichnen sich dennoch im Band wichtige Erkenntnisse ab. Die Erneuerung der historischen Stadtzentren (Luanda und Lourenço Marques/Maputo) wurde unter der Prämisse eines Anspruchs der kolonialen Metropolen auf Gleichberechtigung innerhalb der innerstaatlichen, städtebaulichen Ordnung des gesamten portugiesischen Territoriums durchgeführt. In Luanda und Lourenço Marques erfolgte die Anordnung der öffentlichen Plätze und breiten Alleen, die beliebig verlängerbar waren, mit Orientierung zur Meereseite (Abb. 4) ähnlich wie in den portugiesischen Großstädten Lissabon und Porto. Zudem wird die städtebauliche Orientierung am Mutterland in der stilistischen Ausrichtung der einzelnen Bauwerke ersichtlich. Der sonst dominierende, die Agglomeration befördernde, funktionelle Städtebau der Kolonien steht im Widerspruch zu den sonstigen Regulierungsstrategien des raschen urbanen Wachstums: Konzepte sozialräumlicher und insbesondere ethnischer Segregation durchdringen die Planungs- und Umsetzungspolitik der sozialen Wohnungsbauprojekte des Estado Novo, nicht nur im Mutterland, son-

dern auch in den Kolonien Angola und Moçambique, wo sie die Rahmenbedingungen staatlich gesteuerter Schaffung von neuem Wohnraum massiv beeinflussen.

Weitgehend außen vor bleibt die Bedeutung des Wissenstransfers zwischen Portugal, seinen Kolonien und dem seit 1822 unabhängigen Brasilien, das eine wesentliche Rolle bei der Entstehung eines transnationalen modernistischen Netzwerks einnahm und für die experimentellen Lösungsansätze der in den Kolonien operierenden Architekten und Stadtplaner verantwortlich war (Ana Vaz Milheiros, *Nos Trópicos sem Le Corbusier. Arquitectura luso-africana no Estado Novo*, Lisboa 2012). Mit der inneren Kolonisation der Überseegebiete ging der explizite Wunsch einher, die landwirtschaftliche Entwicklung der Kolonien voranzutreiben und einer weltweit einsetzenden Dekolonisation zu trotzen. Wie im Mutterland wurden jene Neudörfer oder Kolonate allerdings auch als „Reagenzgläser“ betrachtet, in denen quasi-biologisch gesellschaftliche Optimierungskonzepte erprobt werden sollten (Abb. 5). Dies entsprach den Merkmalen einer faschistisch geprägten kolonialen Siedlungspolitik, wie sie von anderen europäischen Diktaturen – beispielsweise unter Mussolini – durchexerziert wurde.

Sehr gestraft werden abschließend Aspekte der spezifischen Charakteristika diktatorischer Stadtplanung in der Salazar-Ära in europäischer Perspektive behandelt. Die deutschen Baukunst-Ausstellungen in Lissabon von 1941 und 1952, die den städtebaulichen Propagandazwecken beider Länder dienten, bewirkten keinerlei gegenseitige Rezeption. Internationale Verflechtungen auf

Abb. 5 Luabo/Moçambique, Siedlung mit Zuckerfabrik am Zambezefluss. Im Vordergrund die Wohnviertel der Portugiesen, im Hintergrund die Wohnviertel der Einheimischen (Bodenschatz/Welch Guerra 2019, S. 378)



einer städtebaulichen Ebene ergaben sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsläufig mit den westlichen Siegermächten. Die Differenzen zwischen den städtebaulichen Leitbildern Portugals und

Spaniens im Kontext ihrer jeweiligen Diktaturen könnten Anknüpfungspunkte für eine künftige thematische Vertiefung bieten, was hoffentlich die geplante Publikation zum spanischen Sonderweg unter Franco leisten wird. Der Anhang des Bandes enthält Kurzbiografien maßgeblicher Städtebauer.

Etwas unvermittelt wirkt in diesem Zusammenhang die Erwähnung Fernanda de Castros als einer der wenigen einflussreichen Akteurinnen im Umfeld des Estado Novo, da sie in der Untersuchung keine entsprechende Behandlung erfährt. Als Ehepartnerin António Ferros unterstützte die Schriftstellerin ihren Mann bei der didaktischen Konzeption großer Ausstellungen. Aus geschlechtersoziologischer Perspektive über die Hintergründe solcher in korporatistische Machtstrukturen eingeschriebenen asymmetrischen Geschlechterverhältnisse zu reflektieren, wäre durchaus lohnend gewesen, zumal das Salazar-Regime intellektuelle Mitstreiterinnen wie Fernanda de Castro gelegentlich in seinen innersten Machtkreis vorließ.

Die Antwort auf die im Band formulierte Frage, weshalb im postdiktatorischen Kontext der Demokratisierung und Vergangenheitsbewältigung einer breiten gesellschaftlichen Auseinanderset-

zung mit dem städtebaulichen Vermächtnis der Salazar-Diktatur zunächst wenig Raum eingeräumt wurde, liegt eigentlich auf der Hand: Die mangelnde historische Distanz zu der erst vor Kurzem zu Ende gegangenen Diktatur erschwerte eine reflektierte, konstruktive Annäherung an dieses als ideologisch belastet und regressiv empfundene Erbe. Dieses Legat rückt inzwischen zunehmend in den Blickpunkt der öffentlichen wie fachwissenschaftlichen Diskussion. Eine auch internationale kritisch-analytische Aufarbeitung des Forschungsstands findet jedenfalls längst statt, wie der vorliegende Band belegt. Schließlich bieten die Autoren umfassende Deutungen des Praxishorizonts jenes Städtebaus und liefern Forschungsergebnisse, die inhaltlich virulente Gegenüberstellungen mit der und Anknüpfungspunkte an die Städtebaupolitik anderer europäischer Diktaturen erlauben.

MARTA OLIVEIRA SONIUS, M.A.
Doktorandin am Kunsthistorischen Institut
der FU Berlin, oliveira.sonius@berlin.de